

Für uns Deutsche ist Europa eine Schicksalsfrage

Rede von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl anlässlich der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises 1994 der Deutschland-Stiftung e.V. am 19. Juni 1994 in München

Für die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Deutschland-Stiftung danke ich Ihnen sehr herzlich. Ich empfinde diese Auszeichnung als eine ganz besondere Ehre.

Die heutige Feier und die gemeinsame Erinnerung an Konrad Adenauer geben Anlaß, uns auf die Anfänge der Bundesrepublik zu besinnen. Wir wollen und müssen die Erfahrungen der Ära Adenauer für die Bewältigung der Herausforderungen in einer Zeit dramatischer Umbrüche nutzen. Es geht darum, eine grundsätzliche Standortbestimmung unserer Politik mit Blick auf die Zukunft unserer Nation anzustellen.

I.

Meine Damen und Herren, die Geschichte hat die Richtigkeit der Politik Konrad Adenauers glänzend bestätigt: Vor beinahe vier Jahren haben wir die deutsche Einheit mit der Zustimmung aller Nachbarn und Partner erreicht. Wir sind Mitglied in der Atlantischen Allianz geblieben. Heute haben wir enge und freundschaftliche Verbindungen mit Washington, Paris, London und Moskau. In wenigen Wochen werden die letzten russischen Soldaten unser Land verlassen — 50 Jahre, nachdem die Rote Armee das deutsche Reichsgebiet erreicht hatte. Die Einheit, so hat Alfred Dregger hier in München vor vier Jahren zu Recht gesagt, „ist die Ernte einer Saat, die Adenauer gestreut hat.“

Anders als vor dem Krieg haben wir uns nach 1949 nicht zwischen alle Stühle gesetzt, wir haben keine Schaukelpolitik betrieben, wir haben keinen Sonderweg eingeschlagen. Aber auch dafür, daß wir die Einheit in Freiheit erlangen konnten, hat Konrad Adenauer entscheidende Weichen gestellt. Für Adenauer hatte die Sicherung der Freiheit stets den Vorrang vor der Wiederherstellung der nationalen Einheit im Zeichen einer Neutralität, die in Wahrheit unser ganzes Land den Expansionsgelüsten Stalins ausgeliefert hätte.

Freiheit, Frieden, Einheit — diese Prioritätenfolge der Werte, die Adenauers Politik zugrunde lagen, hielt er während seiner gesamten Regierungszeit von 14 Jahren strikt durch. Im übrigen war Konrad Adenauer Realist — er wußte, daß der Schlüssel zur Einheit Deutschlands in Moskau lag. Er wußte, daß zu seiner Zeit die Einheit — wenn überhaupt — nur um den Preis der Freiheit zu haben gewesen wäre. Und diesen Preis wollte und durfte er im Interesse aller Deutschen nicht zahlen.

Anders als die Gegner seiner Außenpolitik wollte er nicht zwischen Westbindung und Einheit wählen. Anders als andere vertraute er auf den langen Atem der Geschichte. Noch im Juni 1989 sagte mir Michail Gorbatschow bei seinem Besuch in Bonn, die Teilung sei die logische Folge der geschichtlichen Entwicklung. So haben viele gedacht, auch hier in Deutschland.

Das hat sich noch im Sommer 1990 gezeigt, als manche westdeutsche Politiker die Frage der deutschen Einheit auf ein materielles, auf ein ökonomisch-soziales Problem reduzierten. Wem es an historischem Verständnis mangelte, dem mußte verschlossen bleiben, daß sich in jenen Monaten geschichtliche Kräfte in Bewegung gesetzt hatten.

Die Geschichte hat Konrad-Adenauer nicht zuletzt auch deshalb Recht gegeben, weil er ein besonderes Gespür für historische Prozesse hatte. Adenauer glaubte fest daran, daß die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit stärker sein würde als Stacheldraht und Panzerdivisionen. Gerade deshalb mußte es im Interesse der jungen Bundesrepublik liegen, an der Seite der westlichen Demokratien zu stehen. Auf wessen Unterstützung hätte die junge Bundesrepublik denn in der deutschen Frage rechnen können, wenn sie den Weg der Westbindung nicht gegangen wäre?

Ich selbst habe mich in meiner Politik immer von der Überzeugung Adenauers leiten lassen, daß zwischen der Stärke des Westens und dem Ziel der deutschen Einheit ein wesentlicher Zusammenhang bestand.

Als wir Anfang der 80er Jahre den NATO-Doppelbeschluß gegen heftigste innenpolitische Widerstände durchsetzten, ging es nach meiner Überzeugung eben im Kern um die Stärke und die Geschlossenheit der NATO. Ebenfalls Anfang der 80er Jahre ging in der EG das Wort von der „Eurosklerose“ um. In den folgenden Jahren haben wir dann zusammen mit unseren französischen Freunden einen neuen Anlauf in der Europapolitik gemacht. Wir haben die deutsch-französischen Beziehungen intensiviert, wir haben den Aufbruch zur Einheitlichen Europäischen Akte geschafft und den Europäischen Binnenmarkt auf den Weg gebracht.

Für mich steht außer Zweifel, daß die Stärkung der NATO und die europäische Integration entscheidende Voraussetzungen für die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit waren. Dazu gehört auch das Vertrauen, das wir Deutsche uns damit bei unseren Partnern erworben haben. Ohne dieses Vertrauen wäre die Entwicklung der Jahre 1989 und 1990 so nicht möglich geworden. Im Rückblick auf das, was seit 1989 geschehen ist, empfinde ich zunächst einmal große Dankbarkeit. Wir hatten die Chance, in einem entscheidenden geschichtlichen Moment unser Vaterland zur Einheit in Freiheit zu führen. Wir haben diese Chance genutzt. Für mich persönlich ist ein Traum in Erfüllung gegangen.

Wir haben in den letzten vier Jahren aber auch erkennen müssen, wir groß die Aufgabe der Vollendung der inneren Einheit ist. 40 Jahre Teilung, 40 Jahre kommunistische Diktatur kann man nicht an einem Tag abschütteln. Sie haben in den Köpfen und Herzen der Menschen tiefe Spuren hinterlassen. Zu wenige im Westen Deutschlands machen sich bewußt, was es für die Deutschen im Osten bedeutet, sich binnen kurzer Zeit auf völlig veränderte Lebensumstände einstellen zu müssen. Von Rainer Kunze stammt ein Satz, der den Kern dieser Erfahrung trifft: **„Die Menschen haben nicht gewußt, daß es nichts Unbequemerer gibt als die Freiheit. Aber es gibt auch nichts Begehrteres.“**

II.

Die Vollendung der inneren Einheit ist auch und vor allem eine Frage der geistigen und moralischen Kraft unseres Volkes. Dabei sind besonders die Deutschen im Westen gefordert, da sie die Chance hatten, durch Jahrzehnte hindurch in Freiheit leben zu können.

Sind wir wirklich bereit, solidarisch zusammenzustehen — auch wenn wir Opfer bringen müssen? Nehmen wir die Verantwortung an, die uns jetzt mit der Einheit zugewachsen ist? Geben wir ein Beispiel für den verantwortungsbewußten Umgang mit Freiheit? Das sind die Fragen, die alle Deutschen beantworten müssen — übrigens auch bei den Wahlen, die jetzt vor uns liegen. Das Bewußtsein vieler Menschen von ihrer Verantwortung für das Ganze ist in dem Maße verlorgengegangen, in dem sich das allgemeine Wertebewußtsein verändert hat. Allzu lange wurde im Zeichen einer falsch verstandenen Liberalität rücksichtsloser Egoismus als „Selbstverwirklichung“ gepriesen. Dies ging einher mit einer Überbetonung von Lebensgenuß und Freizeit.

Schon seit längerem läßt sich die Tendenz feststellen, daß die Vereinzelung des Menschen in der modernen Gesellschaft besorgniserregend zunimmt. Die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement, zur Mitarbeit im Dienste der Allgemeinheit ist in beunruhigendem Maß zurückgegangen. Viele der gesellschaftlichen und politischen Probleme unserer Tage — Gewalttätigkeiten, mangelndes Rechtsempfinden, fehlende Solidarität — hängen doch ganz offensichtlich damit zusammen, daß Schulen, Elternhäuser, Medien und selbst Kirchen nicht mehr in der notwendigen Weise für die Vermittlung von Werten gesorgt haben.

Letztlich geht es bei alledem um die Frage, wie wir als Bürger des vereinten Deutschland zu unserem Staat stehen. Betrachten wir den Staat nur als Anhängsel der Gesellschaft oder hat dieser Staat seinen eigenen Wert — ich sage bewußt auch: seine eigene Würde? Die freiheitliche Demokratie braucht mehr als jede andere Staatsform das leidenschaftliche Engagement ihrer Bürger. Mitverantwortung und die Solidarität der Bürger gehören zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Wir brauchen einen neuen Bürgersinn, gelebten Patriotismus, bei dem wir uns auf Tugenden besinnen wie Mut und Verlässlichkeit, Fleiß und Eigenverantwortung, Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft. Dies ist für mich eine der wesentlichsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Tage. Es

geht um die innere Überlebensfähigkeit unserer freiheitlichen Gesellschaft. In dieser Hinsicht bietet uns vor allem die Aufgabe der Vollendung der inneren Einheit eine großartige Chance.

Bürgersinn und Patriotismus sind zuallererst Ausdruck der Anhänglichkeit und Loyalität gegenüber dem Gemeinwesen, der Identifikation mit unserer freiheitlichen Verfassung. Die Bürger dieses Landes müssen sicher sein können, daß es sich lohnt, unter dieser Verfassung zu leben und für sie einzutreten. Wir leben im freiheitlichsten Staat, den es je auf deutschem Boden gegeben hat. Darauf können wir Deutschen mit Recht stolz sein. Bürgersinn wurzelt aber nicht ausschließlich in gemeinsamen Werten und Überzeugungen, so unentbehrlich diese sind. Die Zustimmung zum Gemeinwesen ist nicht nur eine Sache des Verstandes oder rationaler Prinzipien, sondern auch eine Sache des Herzens. Bürgersinn wird erst durch die innere, emotionale Beteiligung lebendig.

Es ist in diesem Zusammenhang auch ein Mißverständnis zu glauben, unser Staat dürfe sich nur kühl und abstrakt darstellen — ein fatales Mißverständnis, das übrigens auch mit zum Scheitern der Weimarer Republik beigetragen hat. Engagement für die Gemeinschaft ist nicht denkbar ohne den Bezug auf etwas, das über den bloßen Individualismus hinausweist. Wenn der Staat seinen Bürgern Leistungen abverlangt, wenn die Gemeinschaft den einzelnen in die Pflicht nimmt, dann bedarf das der Legitimation.

Dazu gehört vor allem das Bewußtsein gemeinsamer Identität. Identität rührt nicht zuletzt aus dem Wissen und dem Bejahen von Geschichte und Herkunft. Der Begriff der Nation hat hier seinen wichtigen Platz. Die Legitimation dafür, Freiheit für alle Deutschen zu fordern, gründete doch gerade in dem Bewußtsein von der Einheit der Nation. Der Ruf „Wir sind **das** Volk!“ und der Ruf „Wir sind **ein** Volk“; mit dem unsere Landsleute 1989 ihre friedliche Revolution begründeten, bildeten eine untrennbare Einheit.

Warum reden wir eigentlich nicht häufiger von der Liebe zum eigenen Land, von der Vaterlandsliebe? Ich habe mich immer gegen den Versuch gewehrt, Patriotismus mit der Unterstellung zu desavouieren, die Grenzen zwischen Nationalstolz und Nationalismus seien fließend. Widerstehen wir auch der Versuchung, Patriotismus deshalb zu verachten, weil dieser Wert während der NS-Zeit in Verruf gebracht und damals mißbraucht wurde. Generaloberst Ludwig Beck, einer der Männer des 20. Juli 1944, schrieb einmal über Hitler — ich zitiere —: „Dieser Mensch hat ja gar kein Vaterland.“

Patriotismus ist immer auch berechtigter Ausdruck der Verwurzelung in Heimat und Herkunft. Erst aus solcher Verwurzelung erwachsen Halt und Orientierung — gerade in einer immer unübersichtlicher werdenden Welt. Wer die Geschichte seines Volkes in ihren Höhen und Tiefen nicht kennt oder sie gar leugnet, der ist unfähig, Gegenwart zu begreifen und Zukunft zu gestalten. Für die in mehr als 40 Jahren getrennten Deutschen in Ost und West gilt der Satz Richard Schröders: „**Wir haften für unsere gemeinsame Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen, und wir haften füreinander für unsere gemeinsame Zukunft.**“

Wir müssen ohne Wenn und Aber zu unserer **gesamten** Geschichte stehen — niemand kann sich einzelne Teile davon herausuchen und andere ausblenden. Deutsche Geschichte und damit Identität werden nicht ausschließlich durch die mehr als 40 guten Jahre der Bundesrepublik bestimmt — und auch nicht allein durch die 12 schrecklichen Jahre der Hitler-Diktatur. Vaclav Havel hat 1990 gesagt: „Wer Angst hat, sich seiner Geschichte zu stellen, muß auch notwendigerweise fürchten, was vor ihm liegt ... Diejenigen, die Geschichte verfälschen, schützen nicht die Freiheit, sondern gefährden sie in Wahrheit.“

Die Gründergeneration der Bundesrepublik konnte den Wert und die Würde verantworteter Freiheit vor allem auch deshalb zurückgewinnen, weil sie bereit war, die Last der Geschichte anzunehmen. In diesem Sinne ist die Last der Vergangenheit auch für uns eine Chance: Wer die Geschichte dieses Jahrhunderts kennt, dessen Blick ist geschärft für die Gefahren und Verführungen unserer Zeit. Der beste Dienst, den wir unserem Vaterland leisten können, besteht darin, daß wir für die Freiheit seiner Menschen und die Achtung des Rechts eintreten.

So wie Freiheits- und Vaterlandsliebe zusammengehören, müssen in Zukunft auch Patriotismus und europäische Gesinnung einander ergänzen. **Wer Haß gegen Ausländer schürt, kann für sich niemals in Anspruch nehmen, ein guter Patriot zu sein.** Patriotismus bedeutet immer auch Achtung vor der Vaterlandsliebe des Nachbarn und damit die Ablehnung jeder Form nationaler Überheblichkeit. Überall in Europa muß die Liebe zum eigenen Vaterland untrennbar verknüpft sein mit der Liebe zur Freiheit — und mit der Achtung der Würde des Nachbarn. Dies ist das Fundament einer europäischen Friedensordnung — das Fundament für ein „gemeinsames Haus für alle Europäer ... , ein Haus der Freiheit“, wie es Konrad Adenauer im Jahre 1961 so weitsichtig ausgedrückt hat.

III.

Konrad Adenauer war ein Patriot, der seinem Vaterland dienen und dessen Interessen er vertreten wollte. Dennoch blieb für ihn die Übereinstimmung der Interessen zwischen den Staaten der freien westlichen Welt grundsätzlich gewichtiger und bedeutender als jede Form nationaler Sonderinteressen. Konrad Adenauers Politik der Westbindung diente dabei immer auch dem Ziel, die Stabilität der Demokratie im Innern zu gewährleisten. Adenauer war davon überzeugt, daß die Festigung der jungen deutschen Demokratie aufgrund unserer geopolitischen Lage wie aufgrund unserer Geschichte nur im Bunde freier Völker möglich war und ist.

Immer wieder wurde die Politik der Westbindung angefochten, ganz zu Anfang mit dem bösen Wort vom „Kanzler der Alliierten“ und dem Argument, mit der Westbindung würde die Wiedervereinigung auf Dauer verhindert. In den 80er Jahren gab es Tendenzen, diese Scheinalternative wiederzubeleben — damals mit dem Ziel, Deutschland in der Auseinandersetzung zwischen West und Ost zu neutralisieren. Auch jetzt gibt es wieder Stimmen, die da sagen, nach der Wiedervereinigung müsse die Westbindung zur Disposition gestellt werden, weil sie nicht mehr der Interes-

senlage Deutschlands entspreche. Wahr ist, daß sich das außen- und sicherheitspolitische Umfeld Deutschlands nach dem Ende des Ost-West-Konflikts tiefgreifend verändert hat. Wahr ist auch, daß das wiedervereinigte Deutschland mehr als alle anderen von diesen Veränderungen profitiert hat.

Deutschland ist heute ausschließlich von Verbündeten und befreundeten Staaten umgeben. Auch unsere östlichen Nachbarländer fühlen sich der Demokratie, der Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet. Allerdings müssen wir auch in aller Klarheit erkennen, daß nicht ein Zeitalter des ewigen Friedens angebrochen ist. In Teilen Europas und in benachbarten Regionen werden nationale, ethnische und gesellschaftliche Konflikte mit aller Brutalität ausgetragen.

Dies hat katastrophale Folgen nicht nur für die betroffenen Länder. Denn auch die Sicherheit ganz Europas kann dadurch in Gefahr geraten. Angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft liegt es im deutschen Interesse, die Politik der Westbindung und der außenpolitischen Integration fortzusetzen. Wer die geographische und die geopolitische Lage unseres Landes bedenkt, weiß, daß eine Isolierung für Deutschland nichts Gutes bedeutet. Unsere Sicherheit und unsere außenpolitische Handlungsfähigkeit beruhen darauf, daß wir verlässliche Partner sind.

Jede verantwortliche deutsche Außenpolitik muß von der Erfahrung ausgehen, daß ein deutscher Sonderweg in Europa und der Welt unweigerlich in die politische Isolierung führt. Adenauer wußte im übrigen, daß erst die Westbindung der Bundesrepublik die Chance gleichberechtigter Mitsprache in der Außenpolitik eröffnen würde. In einem Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten Sulzberger sagte er einmal: „In einer Zeit, in der alles fließt, mußten wir die Richtung mitbestimmen, um teilzuhaben an den sich mächtig entwickelnden Strömen in Europa und in der freien Welt.“ Dieser Satz ist heute, in einer Zeit tiefgreifender internationaler Veränderungen, mindestens ebenso gültig wie damals. Verlässlichkeit und Bündnisfähigkeit sind und bleiben das Grundkapital deutscher Außenpolitik.

Vor allem wäre eine deutsche Sonderrolle weder mit einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik noch mit der Weiterentwicklung der NATO und unserer Rolle im Rahmen der UNO vereinbar. Das bedeutet allerdings auch, daß Deutschland nicht beiseite stehen darf, wenn es um Frieden und Freiheit in Europa und der Welt geht. Insofern geht es heute bei der Frage des Bundeswehreinsetzes um den Kern der zukünftigen Bündnis- und Partnerfähigkeit des vereinten Deutschlands. Die Erwartung in der Welt ist, daß unser Land an der Seite seiner Partner und Freunde in Zukunft an Aufgaben und Einsätzen zur Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens mitwirkt.

Wer den Frieden will, der muß auch mithelfen, ihn zu erhalten. Wer gegen Blutvergießen ist, der muß mithelfen, es zu verhindern oder es zu beenden. Wenn wir dies nicht tun, verlieren wir nicht nur international an Ansehen. Wir verlieren Vertrauen, das wir mehr brauchen und auf das wir mehr angewiesen sind als alle anderen. Nicht zuletzt verlieren wir damit auch unsere Würde. **Ein Volk, das nicht mehr bereit ist,**

zusammen mit seinen Partnern für Frieden und Freiheit zu arbeiten, hat vor der Weltöffentlichkeit auch moralisch abgedankt.

Um es einmal klar zu sagen: Eine deutsche Sonderrolle oder ein deutscher Sonderweg in der Außenpolitik steht unseren Interessen diametral entgegen. Deutschland kann auch weiterhin Frieden und Sicherheit nur in engem Schulterschuß mit seinen Freunden und Partnern in der Europäischen Union und Nordamerika bewahren. Der nordatlantische Sicherheitsverbund ist auch künftig für unser Land von existentieller Bedeutung. Die NATO bleibt unser Sicherheits- und Stabilitätsanker. Europa braucht ein Amerika, das eine zentrale Rolle in Fragen der europäischen Sicherheit wahrnimmt. Und Amerika braucht gleichzeitig ein Europa, das größere Verantwortung für sich selbst und die internationale Sicherheit übernimmt. Daher ist es auch ein Irrtum zu glauben, das eigentliche Ziel der Europäischen Union sei die Stärkung der Wirtschaftskraft angesichts der Konkurrenz auch mit dem Fernen Osten.

Letztlich geht es bei der politischen Einigung Europas um die Sicherung des Friedens. Es soll niemand glauben, daß das Gespenst des Nationalismus in Europa endgültig tot oder nur noch auf dem Balkan zu Hause ist. Die Europäer müssen erkennen, daß sie die großen außen- und sicherheitspolitischen Fragen der Zukunft nur gemeinsam lösen können. Die Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschland steht unverändert in der Kontinuität der Politik Konrad Adenauers: **Die Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft bleibt auch weiterhin unverzichtbarer Teil unserer Staatsräson.**

IV.

Die Integration Deutschlands in die Gemeinschaft der europäischen und atlantischen Nationen ist aber **mehr als ein Zweckbündnis**. Auch für Adenauer ging es mit der Westbindung nach 1945 um mehr als die wirksame Abwehr des Kommunismus. Für ihn war Deutschland Teil einer Staatengemeinschaft, deren Übereinstimmung vor allem auf der Grundlage gemeinsamer geistig-moralischer Werte beruht. Aus dem Bewußtsein des gemeinsamen europäischen Erbes ist so die europäische Idee entstanden. In diesem Erbe gründet das für uns unverändert gültige Wertesystem — die Achtung vor dem Leben und der Einzigartigkeit des Menschen, die Achtung von Menschenwürde und persönlichen Freiheitsrechten.

Die einigende Kraft dieses Erbes ist gerade für das zusammenwachsende und größer gewordene Europa von größter Bedeutung. Sie ist nicht zuletzt und vor allem friedensstiftender Natur. Sie ist somit untentbehrliche Grundlage für die Freundschaft zwischen den Völkern und das Gelingen zukünftiger Zusammenarbeit und Partnerschaft. Die einigende Kraft dieses kulturellen Erbes darf nicht verlorengehen. Es ist das gemeinsame Band, das uns mit den Völkern Mittel-, Ost- und Südosteuropas verbindet. Sie setzen ihre ganze Hoffnung auf ein Europa, das sich gerade auch als Werte- und Kulturgemeinschaft versteht.

Deshalb müssen die Europäer ihre gemeinsame geistige Tradition aufgreifen, sie schützen und weiterführen. Sie müssen lernen, die Unterschiede nicht länger als trennende Gegensätze zu verstehen, sondern als Vielfalt in Einheit. Die Kraft Europas

liegt doch gerade in dem fruchtbaren Spannungsverhältnis zwischen Einheit und lebendiger Vielfalt. Deshalb hat auch niemand ein Interesse daran, die Unterschiede zwischen den Völkern einzuebnen, ihre Eigenheiten, ihre unterschiedlichen nationalen Charaktere gleichsam wegzuwischen.

Aus der Sicht eines deutschen Patrioten steht Maastricht eben nicht für einen europäischen Leviathan, sondern für ein bürgernahes Europa, das die nationale Identität und Kultur aller Mitgliedstaaten und ihrer Regionen achtet. Die Verschiedenartigkeit der Völker Europas bietet die Voraussetzung für eine Synthese, in der sich die besten Eigenschaften verbinden. Niemand will einen europäischen Zentralismus: Im vereinten Europa bleiben wir Deutsche und Franzosen, Italiener und Briten.

V.

Für die deutsche Politik ist der Satz Konrad Adenauers Auftrag, daß deutsche Einheit und europäische Einigung zwei Seiten derselben Medaille sind. Wir Deutschen würden vor der Geschichte und ihren Herausforderungen versagen, wenn wir uns mit der deutschen Einheit begnügen würden. Deshalb haben wir gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern in Maastricht den Grundstein für die Europäische Union gelegt.

Für uns Deutsche ist Europa eine — wenn nicht die — Schicksalsfrage. Unsere Zukunft als Land in der Mitte unseres Kontinents hängt davon ab, welchen Weg Europa geht — ob es sich unwiderruflich auf den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß festlegt oder ob es in die Rivalitäten früherer Zeiten zurückfällt. Konrad Adenauer hat 1950 zutreffend festgestellt, daß ein vereintes Deutschland ohne Einbettung in ein vereintes Europa kein dauerhaftes Glück würde finden können.

Damals wie heute gilt, daß Deutschland dort seinen Platz einnehmen soll, wo es seiner Geschichte nach hingehört — an der Seite der Staaten, die gemeinsam die Welt im 21. Jahrhundert im Geist der Freiheit und der Menschenwürde gestalten wollen.